

YRK-Kommandant: „Türkei ist um eine Verzögerungstaktik bemüht“

Der Kommandant der Verteidigungseinheiten Ostkurdistan (YRK – Yekîneyên Parastina Rojhilatê Kurdistan), Rezan Cavit, erklärt im ANF-Interview, dass die USA darum bemüht sind, all ihre Verbündeten in die Embargopolitik gegen Iran mit einzubeziehen und dass sie es nicht akzeptieren werden, wenn die Türkei – wie bereits schon früher – dieses Embargo zu unterlaufen und die Machtblöcke gegeneinander auszuspielen versucht. Cavit betont, dass die von der PJAK vorgeschlagene Roadmap die angemessenste Lösung für den Iran darstelle und die iranische Regierung diese schon um ihres eigenen Vorteils willens beachten müsse.

Was ist das Ziel des US-Embargos gegen den Iran und die Türkei?

Die kapitalistische Moderne ist dazu gezwungen, sich zu stärken, indem sie die von ihr geschaffenen Krisen auf die ganze Welt ausweitet. Die Intervention im Mittleren Osten findet auf dieser Grundlage statt. Staaten wie der Iran oder Syrien werden entweder zur Aufgabe gezwungen oder unter Kontrolle gebracht und verkleinert. Andernfalls kann eine Intervention im Mittleren Osten kein Ergebnis erzielen. Die strategischen Verbündeten der Westmächte – und die Türkei ist für sie ein wichtiger Staat – müssen in dieser Krise eine Rolle übernehmen. Aufgrund dieser Situation möchte die Türkei die Intervention der

USA im Iran für ihren eigenen Vorteil nutzen. So hat sie zum Beispiel in der Vergangenheit die im Mittleren Osten organisierten islamischen Organisationen an ihre Seite gezogen und den neo-osmanischen Gedanken auf ihre Tagesordnung gesetzt. Die Türkei ist sich bewusst, dass die USA dabei ein Hindernis darstellen. Aber sie weiß auch, dass sie im Falle einer Intervention gegen den Iran als nächstes an die Reihe kommt. Die Türkei ist der Auffassung, dass je mehr sie die Intervention in den Iran in die Länge zieht, sie so ihr eigenes Leben verlängert. Darum bemüht sie sich im Moment.

Was hat sie bisher dafür getan?

Das vorherige Embargo war für die USA erfolglos, denn die Türkei hatte dieses Embargo gebrochen. Mit dem Fall Zarraf und Zencani wurde das staatliche Netzwerk dazu aufgedeckt. Ein weiteres Ereignis in diesem Sinne war die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels. Mit diesem Schritt, obwohl er sich auch etwas gegen den Iran richtete, versuchte sich die Türkei zwischen Israel und die USA stellen.

Heute wollen die USA ein weiteres Embargo gegen den Iran umsetzen und sie versuchen, alle Verbündeten zur Mitwirkung zu bewegen. Im Gegensatz zu früheren Zeiten sind die USA entschlossen, die Unterstützung für den Iran zu stoppen, denn sie wollen ihn zur Aufgabe zwin-

gen. Erdoğan verkündet jeden Tag: „Ich habe damit nichts zu tun.“ Er spielt mit der iranisch-russischen Allianz. Die Türkei nutzt beide Machtblöcke, doch das werden die USA nicht hinnehmen.

Die Türkei ist Teil der NATO, ist es möglich, dass sie austritt?

Die Türkei kann sich unter den aktuellen Bedingungen keinen Austritt aus der NATO leisten. Ihr ganzes System ist um die NATO organisiert. Wenn sie sich von der NATO trennt, kann sie sich über Jahre nicht stabilisieren. Ihre Ökonomie stützt sich auf den westlichen Block. Sie kann sich nicht gegen die USA stellen und möchte Russland und den Iran benutzen. Die USA und der Westen sind sich dessen bewusst. Die Wirtschaft der Türkei steht vor dem Zusammenbruch. Durchhalteparolen helfen da nicht weiter.

Der türkische Staat nimmt neben Nord-, West-, und Südkurdistan auch Ostkurdistan ins Visier. Er hat die PJAK und die YRK gelistet. Warum diese Feindseligkeit?

Der türkische Staat wurde auf der Verleugnung der anderen Völker und insbesondere des kurdischen Volkes und dem Raub ihrer Rechte gegründet. Es handelt sich um einen Staat mit einem auf Faschismus begründeten System. Ein solcher Staat kann die Existenz des kurdischen Volkes nicht akzeptieren. Er sieht es als eine Frage des →

„Freiheit für Öcalan“-Kampagne: Es ist höchste Zeit!

Vor fast zwanzig Jahren ist Abdullah Öcalan nach Italien gekommen, um die kurdische Frage auf die europäische Tagesordnung zu setzen. Seit seiner Verschleppung aus Kenia im Jahr 1999 ist er auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmara-Meer inhaftiert. Die internationale Kampagne „Freiheit für Öcalan“ sagt: „Es ist höchste Zeit.“

Aus diesem Anlass fand am 5. September im Presseclub in Brüssel eine Pressekonferenz statt. Die Organisatoren der Kampagne wollen darauf hinweisen, dass das europäische

Menschenrechtsabkommen auf Imrali systematisch verletzt wird.

Öcalans Anwälten wird seit über sieben Jahren jeglicher Kontakt zu ihrem Mandanten verweigert. Seit der Beendigung der Gespräche über eine Lösung der kurdischen Frage durch den türkischen Staat wird Öcalan vollständig isoliert. Seit 2015 gibt es keinen Kontakt mehr zu Öcalan und den drei weiteren Gefangenen auf Imrali. Die Organisatoren der Kampagne bezeichnen die Gefängnisinsel als „schwarzes Loch“, das sich auf die gesamte Türkei und auch auf

Europa auswirkt.

Bei der Kampagne handelt es sich um die größte Massenbewegung seit der Kampagne für Nelson Mandela. Für die Freilassung Öcalans sind über zehn Millionen Unterschriften gesammelt worden. Die Kampagne wird von prominenten Intellektuellen und Politikern sowie Gewerkschaften mit Millionen Mitgliedern unterstützt. Darunter befinden sich Mairead McGuire, Noam Chomsky, Jose Ramos-Horta, Prof. Angela Davis, Desmond Tutu, Gerry Adams und Arnaldo Otegi.
ANF 2.9., ISKU

Meldungen

KCDK-E ruft zur Kundgebung am Samstag, 8.9., in Düsseldorf auf

Der europaweite kurdische Dachverband KCDK-E hat in einer schriftlichen Erklärung die gerichtliche Bestätigung des Verbots des für kommenden Samstag in Dinslaken geplanten Internationalen Kurdischen Kulturfestivals als „politisch motiviert“ bezeichnet. Als Ergebnis schmutziger Deals zwischen der deutschen und der türkischen Regierung sei ein politischer Eingriff in das Rechtssystem erfolgt, so der KCDK-E, der zur Teilnahme an einer Protestkundgebung in Düsseldorf am 8. September aufruft. ANF 6.9., ISKU

Bombardierung und Ausgangssperren in Amed

Die Umgebung des Dorfes Helhel im Landkreis Hezro in der Provinz Amed (Diyarbakir) wurde am 3.9. morgens gegen 4.00 Uhr vom türkischen Militär bombardiert. Die Bevölkerung klagt nach der Bombardierung über Schwindel, Übelkeit und Halsschmerzen. Es ist bisher unbekannt, ob es Tote und Verletzte gegeben hat. Das Dorf wurde von Hunderten Panzerfahrzeugen umstellt. Über die im Kreis Licê befindlichen Dörfer Dolunay, Çavundur, Yalaza, Bağlan und Ortaç, wie auch über das im Kreis Hezro befindliche Dorf Helhel wurde eine Ausgangssperre verhängt. ANF 3.9., ISKU

„Make Rojava Green Again“: Crowdfunding-Kampagne gestartet

Die Kampagne „Make Rojava Green Again“ wurde Anfang des Jahres nach mehreren Monaten Forschung und Diskussion mit den Strukturen der Autonomen Selbstverwaltung gestartet. Die Ergebnisse dieser Forschung und Diskussion finden sich in dem Buch der Kampagne wieder. Die Spenden der Crowdfunding-Kampagne werden für den

„Was die Gefangenen tötet, ist das mangelnde Interesse“

Folter und Rechtsverletzungen in türkischen Gefängnissen werden täglich schlimmer. Der Ausnahmezustand ist zwar offiziell aufgehoben, aber die Repression in den Gefängnissen hält an. Beim Transport ins Krankenhaus werden kranke Gefangene von Wächtern und Soldaten geschlagen und beleidigt. Ein tragisches Beispiel für die Misshandlung von Gefangenen war der Fall von Koçer Özdal (65), der vor einigen Tagen im Numune-Krankenhaus in Ankara an einer schweren Erkrankung gestorben ist. Bis zum letzten Atemzug war Özdal an Händen und Füßen an das Bett gefesselt. Rechtsanwalt Baran Çelik ist Sprecher der Gefängniskommission der Plattform freier Jurist*innen (Özgürlükçü Hukukçular Platformu, ÖHP). Gegenüber ANF äußerte er sich zu der Situation politischer Gefangener in der Türkei. Laut Çelik spielt die öffentliche Wahrnehmung der Rechtsverletzungen in Haftanstalten eine wichtige Rolle: „Was in den Gefängnissen geschieht und was den Gefangenen angetan wird, akzeptieren wir nicht. Als diejenigen, die draußen sind, müssen wir viel größere Solidarität mit denen, die drinnen sind, zeigen. Wir müssen alles unternehmen,

was uns möglich ist, damit dieses Vorgehen gegen die Gefangenen ein Ende findet. Der Staat will die Gefangenen töten, aber was sie eigentlich tötet, ist die fehlende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.“

Die Gefängnispolitik der Regierung führe zu unumkehrbaren Schäden bei den Gefangenen, sagt Çelik. Die Sorge um die Gefangenen werde tagtäglich durch das staatliche Vorgehen als berechtigt bestätigt. Die Haftbedingungen und die gegen die Gefangenen angewandten Methoden werden zunehmend schlimmer.

Im Verweis auf das Schicksal von Koçer Özal erklärt Çelik: „Es gibt viele weitere Gefangene, die in der Haft einen Überlebenskampf führen. Sie werden unrechtmäßig weiter in Haft gehalten. Eine medizinische Behandlung findet nicht rechtzeitig und nicht im notwendigen Ausmaß statt. Beim Transport zur Behandlung sind sie oftmals einem entwürdigenden Vorgehen ausgesetzt.“

Nur wenige solcher Fälle gelangen überhaupt an die Öffentlichkeit. Eine der Rechtsverletzungen in türkischen Haftanstalten sei die Überbelegung. Im Moment sind fast doppelt so viele Menschen inhaftiert, wie die ei-

gentliche Kapazität der Gefängnisse vorsieht. In einigen Großzellen bekommen die Menschen nicht einmal genug Luft zum Atmen. Eine weitere Rechtsverletzung ist die unzureichende Versorgung mit Essen und heißem Wasser.“

Ein großes Problem im Gefängnis ist die mangelnde Gesundheitsversorgung, so Çelik. „In einigen Gefängnissen müssen die Gefangenen monatelang auf einen Zahnarzttermin warten. Außerdem ist das Recht auf schriftliche Kommunikation stark eingeschränkt, Briefe werden mit großer Verzögerung ausgehändigt.“

Um die Probleme zu lösen, muss eine Öffentlichkeit hergestellt werden, meint Rechtsanwalt Çelik. Insbesondere weil das Recht der Gefangenen auf eine Kommunikation mit der Außenwelt beschnitten wird, muss die Öffentlichkeit aufmerksamer mit den Problemen der Gefangenen umgehen. Das gelte insbesondere für Journalisten, Rechtsanwälte, Abgeordnete, Künstler und Aktivist*innen. Niemand dürfe sich mehr taub stellen, da das Justizministerium wie ein Racheinstrument des Staates agiere, erklärt Rechtsanwalt Çelik abschließend.

ANF 2.9., ISKU

→ YRK-Kommandant: „Türkei ist um eine Verzögerungstaktik bemüht“

Überlebens an. Daher möchte er nicht, dass die Kurden irgendwo im Mittleren Osten einen Status erhalten und bekämpft sie in allen Teilen. Wenn er sie nicht bekämpfen kann, versucht er seine Verbündeten dazu zu bringen. Er zögerte nicht, Rojava anzugreifen, denn es ging nicht nur um die PKK, er ging ebenso mit aller Schärfe gegen das Referendum in Südkurdistan vor und verfolgte seine Ambitionen in Kerkük. Er hat Luftangriffe auf die Gebiete der PJAK ausgeführt. Er sieht die Frage eines Status für die Kurden als eine Existenzfrage an. Deshalb greift er mit aller Kraft die Kurden in den vier Teilen an.

Werden die Türkei und der Iran eine Allianz gegen das kurdische Volk und seine Freiheitsbewegung schließen?

Es gibt einen historischen Widerspruch zwischen der Türkei und dem Iran. In den Jahren 2005 bis 2006 organisierte sich aber eine neue Strömung im iranischen Staat. Diese Strömung stellte den iranischen Nationa-

lismus über das Schiitentum. Diese Gruppe verständigt sich mit der Türkei. An der Spitze dieser Strömung befinden sich Ahmadinejad und Esfandiar Rahim. Sie haben mit einigen Personen im türkischen Staat enge Beziehungen. Ahmedinejad hatte sich Dutzende Male mit Doğu Perinçek getroffen. Die Treffen wurden zwar in der Presse gezeigt, doch der Inhalt blieb geheim. Zur Zeit von Ahmedinejad erhielten Mitglieder der PJAK zum ersten Mal die Todesstrafe. Heval Egid (Hasan Hikmet Demir) wurde in dieser Zeit hingerichtet. Ahmedinejad pflegt eine starke Kurdenfeindschaft.

Diese Allianz plante die sogenannte „Sandwich-Operation“ gegen Qendil im Jahr 2011. Es war die erste von der Türkei geplante Operation, die gemeinsam mit dem Iran ausgeführt wurde. Ahmedinejad hatte dies vorgeschlagen. Allerdings hatten einige Kreise im Iran diesen Plan damals nicht akzeptiert, denn er sei nicht im Interesse des Iran. Jetzt wollen sie das Gleiche wie-

der machen. 2011 kam es zu einem Abkommen zwischen dem Iran und der PJAK, gegen das die genannten Gruppen bei jeder Gelegenheit zu provozieren versuchen. Uns sind diese Provokationen bekannt. Wir wissen auch, worum es dabei geht. Heval Ikbal und mit ihm drei weitere Freunde sind gefallen.

Diese Provokationen und Angriffe, haben sie etwas mit der Roadmap der PJAK zu tun, die gerade bekanntgegeben worden ist?

Der Tod des Genossen Ikbal war kurz vor der Verkündigung der Roadmap. Das Ziel der Provokationen der Gruppe ist, den Prozess zu stören. Mit Massakern und Assimilation kann dieses Problem nicht gelöst werden. Die Roadmap der PJAK stellt den angemessensten Lösungsweg dar. Die Lösung dieses Problems kann nur mit demokratischer Politik erreicht werden. Alles andere würde einen schwerwiegenden Fehler darstellen.

ANF 31.8., ISKU

Druck der Bücher verwendet. Der Erlös der Bücher wiederum kommt dann fast ausschließlich der Wiederaufforstung des Geländes der Internationalistischen Kommune sowie des naheliegenden Naturschutzgebietes Hayaka zu Gute. ANF 3.9., ISKU

Türkei lässt Menschenrechtler über Interpol suchen

Aufgrund eines im Jahre 2011 eröffneten Verfahrens lässt die Türkei den Verleger und Menschenrechtler Ragıp Zarakolu über Interpol suchen. Zarakolu befindet sich seit 2013 im schwedischen Exil. ANF 6.9., ISKU

Termine

8. September, 10:00 Uhr

Düsseldorf

Kundgebung gegen Verbot des Int. Kurdisches Kulturfestival

12. September, 18:30 Uhr

Centro Sociale, Hamburg
TATORT Kurdistan Cafe

14. September, 19:00 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin
Vortrag: Öcalans »Demokratischer Konföderalismus« – ein kurdischer Anarchismus?

26. September, 17:00 Uhr

Ehem. Rathaus Kreuzberg
Ausstellungseröffnung: Fotografie im Ausnahmezustand

28. September

Berlin

Anti-Erdogan Demo

6./7. Oktober

Frankfurt a. M.

Int. Frauenkonferenz

20. Oktober

Karl-Liebknecht-Haus, Berlin
Konferenz: 25 Jahre PKK-Verbot

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Nüçe erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel. 040 - 421 02 845

isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

IBAN:DE42370100500003968506

BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)

Die Nüçe findet ihr auch unter:

isku.org